

„Jede Meinung ist erlaubt“

Kultur Seite 10

die tageszeitung

Montag 26. Feb. 1990

Berlins überregionale/DDR

1. Woche Nr. 1 Jahrgang 1 1020 Berlin Telefon 2071-082/024 M, 80

Kultur-Stalinist regiert jetzt die Hauptstadt

Oberbürgermeister Hartenhauer kein unbeschriebenes Blatt / Berlins Künstler sind entsetzt / Neuwahlen am 6. Mai wahrscheinlich / Keiner hat mehr Lust zu regieren / Leere Stühle im Roten Rathaus

Aus Berlin André Meier

Berlin (taz) - Nach unerträglich langem Zaudern ist am Freitag der Möchtegern-Momper Krack zurückgetreten. Er übernahm damit die politische Verantwortung für den Berliner Wahlbetrug '89. Der Stadtverordnetenversammlung teilte er seinen Rückzug schriftlich mit. Sein Abgang war damit genauso fad wie die 16 Jahre politischen Wirkens im Schatten mächtiger SED-Bezirkssekretäre. Aber auch viele Abgeordnete sind offensichtlich des Regierens müde. Von den 225 gewählten Parlamentariern erschienen nur 132 zur Wahl des neuen Oberbürgermeisters, 20 weitere verließen im Verlauf der Sitzung das Rote Rathaus. In den Reihen der PDS-Fraktion blieben die meisten Stühle leer. Als schließlich nicht einmal mehr die Hälfte der Abgeordneten im Saal saßen, mußte die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgebrochen werden. Berlins „Volksvertretung“ warnicht mehr beschlußfähig. In einem Gespräch mit der taz erklärte Laurenz Demps, der Stadtverordnetensprecher: „Das ist das Verwerflichste, was ich in meinem ganzen Leben erlebt habe!“ Auch für Demps, und darin ist er sich mit vielen der noch verbliebenen Abgeordneten einig, liegt der Ausweg aus dieser uner-

träglich Situation in vorgezogenen Neuwahlen. Der 6. Mai als Wahltermin auch für Berlins Stadtparlament steht damit so gut wie fest. Unter diesen Konditionen hatte man sichtliche Probleme, das Amt des Oberbürgermeisters neu zu besetzen. Schließlich votierten 82 der 132 anwesenden Abgeordneten für den einzig willigen Kandidaten. Christian Hartenhauer, PDS-Mitglied aus der Fraktion des Kulturbunds, von der Presse am Sonntagabend als „Nobody“ präsentiert, ist allerdings vielen Berliner Künstlern kein Unbekannter. Als Stadtrat für Kulturtrug der 41-jährige Ökonom in seinem Ressort Mitverantwortung für die restriktive Politik der letzten Jahre. Der Mann, der sich selbst als Übergangskandidat bezeichnet, steht eher für Kontinuität, ist die Fortsetzung Kracks mit anderen Mitteln. Gegenüber der taz äußerte sich die ehemalige Partnerin Hartenhauers:

Barbara Thalheim (Liedermacherin): Alle Erfahrungen, die ich mit ihm gemacht habe, sind negativer Art, so daß ich mir nicht vorstellen kann, daß ein so engstirniger Stadtrat für Kultur das überhaupt einer Stadt wie Berlin sein kann. Es dürfte schwerfallen, unter Künstlern auch nur eine positive Meinung über ihn einzuholen.

Silvio Marciniak (Klubleiter „Erich Franz“: Herr Hartenhauer als Oberbürgermeister von Berlin ist eine Farce, das scheinen einige Leute überhaupt nichts mitbekommen zu haben.

Wolf Leo (Maler/Grafiker): Ich kenne Herrn Hartenhauer als Arbeitsgruppenleiter der AG „Stadtbilder“ konkret seit 13. 10. 89, als er uns die Bilderaktion, die jetzt auf dem U-Bahnhof Alexanderplatz zu sehen ist, verboten hat, weil er meinte, daß diese Aktion auf diesem Bahnhof, zu diesem Zeitpunkt politisch nicht zu verantworten ist. 13 Tage später fand er das, was wir da gemacht hatten, eigentlich ganz gut mit Ausnahme von zwei, drei Bildern - da hat sich in den 13 Tagen für ihn die Welt verändert. Ich denke, er ist einer der letzten Alt-Stalinisten, der in der Lage ist, so stumpf zu sein, dieses Amt in diesem Moment noch zu übernehmen. Damit ist er nur die Weiterführung des Herrn Krack.

Jürgen Eger (Liedermacher): Ich saß wie angewurzelt vor dem Fernseher. Hartenhauer verhinderte eine Veranstaltung mit Stefan Heym im HdJT. Wörtlich: „Heym, nur über meine Leiche ins HdJT“. Es ist beschämend, daß man keinen anderen gefunden hat. Ich kenne von ihm nur 150prozentiges Funktionärs-Blabla.

Wir sind da - die DDR-taz

Mit Verärgerung haben die großen BRD-Verleger zur Kenntnis genommen, daß in Kooperation mit der Westberliner Tageszeitung taz der in der Hauptstadt der DDR gegründete Anbau-Verlag ein 16seitiges Produkt „die tageszeitung“ herausbringt - die erste deutsch-deutsche Kooperation auf dem Zeitungsmarkt. Die vier Großverlage der BRD wollen erst nach den Wahlen mit ihren Produkten auf den DDR-Markt gehen.

Wer wir sind - Seite 9

Schlamperei führte zu Explosion in Buna

Berlin (ada) - Schlamperei der Betriebsführung und Mißachtung der Sicherheitsanforderungen führten zur Explosion eines Karbidofens am 9. Februar im Chemiekombinat Buna. Zu diesem Schluß kommt das BRD-Nachrichtenmagazin 'Spiegel' in einem vorab veröffentlichten Beitrag zu dem Unglück, bei dem fünf Arbeiter getötet und 23 verletzt worden waren. Das Magazin behauptet, es lägen Sicherheitsberichte vor, in denen Experten im Auftrag des Politbüros und des Ministerrates bereits 1986 vor „akuter Explosionsgefahr“ warnten.

BRD-Bürger gegen Übersiedler

Bonn (ada) - In diesem Jahr sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums bereits 100.000 Bürger aus der DDR in die BRD übersiedelt. Einer angeblich repräsentativen Meinungsumfrage zufolge sind nur noch 22 Prozent der Bundesbürger damit einverstanden, daß die Bundesrepublik alle Übersiedler aus der DDR aufnimmt. Im Herbst 1989 waren noch 60 Prozent dafür.

Honecker: 75 Millionen auf West-Konto

Hamburg/Berlin (dpa) - Der ehemalige DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker soll allein im vergangenen Jahr 75 Millionen D-Mark, die Bonn für den Freikauf von politischen Häftlingen an die DDR gezahlt hat, auf ein nur ihm zugängliches Konto bei der Deutschen Handelsbank in Ost-Berlin abgezweigt haben. Die Generalstaatsanwaltschaft bestätigte am Sonntag einen Bericht des Nachrichtenmagazins 'Der Spiegel', daß dieser Vorwurf im Antrag auf Haftbefehl gegen den 77-jährigen enthalten war. Dem 'Spiegel' liegt nach eigenen Angaben auch das Protokoll der Vernehmung Honeckers durch die Staatsanwaltschaft sowie ein Rechtfertigungsschreiben des früheren SED-Chefs vor. Darin verteidigt sich Honecker damit, er habe humanitär gehandelt. Er habe „jährlich bis zu 35.000 Menschen“ von Ost nach West zur Familienzusammenführung ausreisen und Selbstschußanlagen und Minen beseitigen lassen. Den Schießbefehl an der deutsch-deutschen Grenze habe er aufgehoben und „Operationen gegen Menschen“ außerhalb der Grenzlinie untersagt.



Christian Hartenhauer - der neue Oberbürgermeister von Berlin Theo Heimann / G.A.F.

Bonner Experte: Westmark 1:1

Vertrauliche Studien in Bonn beziffern die Kosten der Einheit: 100 Milliarden Westmark

Nach Angaben von Wirtschaftsexperten der Bonner Regierung gibt es nur einen Weg, den Exodus von Übersiedlern aus der DDR in die Bundesrepublik zu stoppen: den Umtausch von Mark der DDR in West-Mark zu einem Kurs 1:1. Da die Sparguthaben insgesamt eine Höhe von 180 Milliarden Mark haben, würde der Umtausch, so vertrauliche Berechnungen, die Bundesrepublik eine Summe von 100 Milliarden DM kosten.

Nach diesem Vorschlag, die die Washingtoner Zeitung „Herald Tribune“ veröffentlichte, soll zunächst nur ein Sparbetrag zwischen 1000 und 5000 umtauschbar sein. Weitere Sparguthaben sollen nach ein oder zwei Jahren umgetauscht werden können.

Eine derartige Aufwertung der für den kapitalistischen Weltmarkt wertlosen Mark der DDR würde, so erwarten Wirtschaftsspezialisten, zu einem inflationären Schub in der Bundesrepublik führen und das Zinsniveau weiter wachsen lassen. Erforderlich wären zudem Soforthilfen für Löhne und die Renten der DDR, damit die Betriebe nach der Währungsunion einigermaßen akzeptable Löhne zahlen können. Ein hochrangiger Bonner Wirtschaftsfachmann erklärte der US-Zeitung, man sehe aber keine Alternative zu einem 1:1-Umtausch - ein weiterer Zustrom von Übersiedlern würde die Bundesrepublik noch teurer zu stehen kommen.

Aus derselben Quelle verlautete, Bundeskanzler Kohl habe einen Vorschlag für eine Steuererhöhung ausarbeiten lassen, um die Währungsunion zu finanzieren. Diese Steuererhöhung sei allerdings auf unbestimmte Zeit verschoben. Hunderte Milliarden DM stehen nach Ansicht der Bonner Wirtschaftsexperten bereit und erklären optimistische Erwartungen:

„Wenn die Investitionen beginnen, beginnt der Boom.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD in Bonn, Wolfgang Roth, hat eine Währungsunion mit einem 1:1-Umtausch schon zum 1. Juli angeregt. In der „DDR-Runde“ mit der Bonner Regierung haben sich Wirtschaftsexperten und Top-Unternehmer skeptisch geäußert. Sie befürchten, daß viele DDR-Betriebe pleite machen, wenn ihnen das Schutzschild des Wechselkursfehls fehle.

Thatcher fürchtet Aufruhr

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher fürchtet einen „enormen Aufruhr“ in Europa bei einer Vereinigung der DDR mit der BRD. London, machte die Regierungschefin klar, werde „nicht akzeptieren“, daß sich die anderen Staaten den von den beiden deutschen Staaten gesetzten Fakten einfach anzupassen hätten. Die angestrebte Währungsunion sei ein neues Argument, nicht dem europäischen Währungssystem beizutreten.

K.W.



Foto: Christian Schulz

SPD-Weg zur Einheit

Willy Brandt soll Verfassungskommission vorsitzen / Stasi „Kriminelle Vereinigung“

Leipzig (ada) - Die SPD verabschiedete am Sonntag auf ihrem 1. Parteitag in Leipzig-Markkleeberg ihr Wahlprogramm mit einem Fahrplan zur deutschen Einheit. Nach den Wahlen am 18. März sollen danach die beiden deutschen Regierungen Vertragsverhandlungen aufnehmen und ein parlamentarischer Rat zur deutschen Einheit gebildet werden.

Dieses Gremium solle unter Vorsitz von Willy Brandt ein neues Grundgesetz ausarbeiten. Über das in einer Volksabstimmung in ganz Deutschland abgestimmt werden soll. „Danach findet die Wahl des gesamtdeutschen Parlamentes statt“, heißt es ferner in dem SPD-Programm. Am späten Sams-

tag abend hatten die Delegierten auch ein Grundsatzprogramm verabschiedet, in dem sich Sozialdemokraten zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft bekennen.

Zu Stellvertretern des Vorsitzenden der SPD wählten die Delegierten auf dem Parteitag in Markkleeberg Angelika Barbe (39), Markus Meckel (38) und Karl-August Kamilli (45).

Die Delegierten des SPD-Parteitages in Markkleeberg forderten am Sonntag in einem an ihre künftige Volkskammerfraktion überwiesenen Beschluß, die ehemalige Staatssicherheit als kriminelle Organisation einzustufen.

Tagesthema SPD Seite 3

Modrow Spitze

PDS hat einen Kandidaten

Berlin (dpa) - DDR-Ministerpräsident Hans Modrow tritt als Spitzenkandidat für die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zur Volkskammerwahl an. Der populäre Politiker der ehemaligen SED gab diese Entscheidung am Sonntag vor dem ersten Parteitag der PDS in Ost-Berlin bekannt. Er brach damit sein langes Schweigen über eine Kandidatur. Modrow war auf dem Parteitag von den etwa 600 Delegierten regelrecht bestürmt worden, für die Wahl zur Verfügung zu stehen. Nachdem Modrow im letzten Satz seiner Rede seine Zusage gemacht hatte, brach der Parteitag in Jubelrufe und stürmischen Beifall aus. Die Delegierten wählten ihn zum Ehrenvorsitzenden. Bericht zum PDS-Parteitag S. 5

Table with 2 columns: Content and Page Number. Includes items like 'Mein Platz ist die Opposition', '98 Prozent wählen PDS', 'Viel Energie für die Energie', 'Ost/West-Computerfreaks', 'Wirtschaft', 'Berlin Total', 'TeVau', and 'BunteSeite'.